

## **Stellungnahme der Marburger Linken zu den Forderungen des Marburger Bündnis „Nein zum Krieg“**

Liebe Kolleg\*innen, liebe Freund\*innen der Marburger Friedensbewegung,

die Marburger Linke setzt sich in Bündnissen und durch parlamentarische Initiativen dafür ein, dass Marburg eine Stadt des Engagements für Frieden, für Bürgerrechte und Menschenwürde ist, frei von Diskriminierung und Verfolgung. Eine konsequente antifaschistische Haltung, eine Ächtung von Kriegsverherrlichung, die Ablehnung von Aufrüstung und Militäreinsätzen sowie die konsequente Suche nach gewaltfreien Konfliktlösungen ist ein wichtiger Leitgedanke auch kommunaler Politik der Linken.

In diesem Sinne nehmen wir zu den von Euch aufgeworfenen Fragen wie folgt Stellung:

Die Marburger Linke hält es für einen wichtigen kommunalen Beitrag zu einer Politik des Friedens und der Völkerverständigung, dass unsere Stadt Mitglied im **internationalen Städtebündnis „Mayors for Peace“** ist. Gegründet vom Bürgermeister von Hiroshima ist es das Ziel dieses Bündnis, Atomwaffen zu ächten, ihre Verbreitung zu verhindern und sie endlich abzuschaffen. In Marburg wird zur Erinnerung an den Atomwaffenabwurf auf Befehl der US-Regierung auf Hiroshima 1945 an jedem 6. August die Fahne der Bewegung am Rathaus gehisst. Das soll so bleiben – und ausgebaut werden. Die Marburger Linke wird die Anregung der Friedensbewegung aufnehmen und in der nächsten Legislaturperiode einen Ausbau der Beteiligung – in Kooperation mit unserer Partnerstadt Eisenach – im internationalen Städtebündnis „Mayors for Peace“ im Stadtparlament anregen.

Am 22. Januar ist der UN-Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft getreten. 51 Staaten haben ihn bis dato ratifiziert. Deutschland ist leider nicht darunter. Dennoch: Das Verbot atomarer Massenvernichtungswaffen ist ein großer Hoffnungsschimmer für die Menschheit. Es geht darum, diese von der Geißel atomarer Bedrohung zu befreien. Die Bundesregierung aber darf nicht länger diesen Vertrag blockieren. Dafür haben wir uns auch in Marburg engagiert.

Auf Initiative der Fraktion Marburger Linke hat die Stadtverordnetenversammlung den Antrag **„Unterstützung des ICAN-Städteappells für eine atomwaffenfreie Welt - #ICANSave meine Stadt“** (Vorlage - VO/6663/2019) am 22.02.2019 mehrheitlich beschlossen. Der Oberbürgermeister und die Stadtverordnetenvorsteherin haben im Anschluss den Beitritt zum Bündnis vollzogen. Damit war Marburg die dritte Stadt in Deutschland, die sich dieser wichtigen Initiative angeschlossen hat. Mittlerweile sind es über 100 Städte, Kreise und Gemeinden.

Aus unserem Engagement gegen Atomwaffen resultiert auch das Eintreten **gegen die Anschaffung atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge und bewaffneter Drohnen**. Hier sind wir uns mit der Marburger Friedensbewegung einig und würden gern das Gespräch suchen, wie unser gemeinsames Ziel durch geeignete Initiativen im Stadtparlament befördert werden kann.

Die Marburger Linke unterstützt auch die Forderung **„Abrüsten statt Aufrüsten!“**. Viele unserer Mitstreiter\*innen haben den Aufruf unterstützt und selbst Unterschriften gesammelt. Mit der Friedensbewegung eint uns die Überzeugung: Waffen schaffen keinen Frieden und mehr Militär und bessere Waffentechnik erhöhen nicht die Sicherheit, sondern befördern die Spirale der Aufrüstung. Darum: Nein zu Aufrüstung! Schon jetzt werden 48 Milliarden für die Rüstung ausgegeben. Dieses Geld fehlt u.a. für die Sanierung von Schulen, dem Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Auch unterstützen wir die **Förderung der Friedenserziehung in Kitas, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung**. Auf Initiative der Marburger Linken hat sich das Stadtparlament in den Jahren 2013 und 2019 gegen Rüstungsforschung im Auftrag der US-Armee an

der Uni Marburg ausgesprochen (Vorlagen VO/2824/2013 und VO/6907/2019). Lasst uns gemeinsam ins Gespräch kommen, wie wir die Forderung nach Friedenserziehung im kommunalen Einflussbereich der Stadt, wie etwa Kitas und Erwachsenenbildung aber auch in Schulen und Hochschulen stärken können.

Die Marburger Linke tritt dafür ein, **örtliche Friedensinitiativen und zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich für die Aufnahme und soziale Integration von Geflüchteten einsetzen, stärker zu fördern.** Neben unserem Engagement mit der Friedensbewegung haben wir auch die Aktivitäten der Gruppe „200 nach Marburg“ und der Seebrücke unterstützt. Der ursprüngliche Antrag, der das Ziel einer zusätzlichen Aufnahme von Geflüchteten in Marburg verfolgte, stammt aus Antrag der Fraktionen Marburger Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Humanitärer Not begegnen und Geflüchtete aus Flüchtlingslagern aufnehmen

Die Marburger Linke teilt mit der Friedensbewegung die Forderung: **keine Werbung der Bundeswehr an Schulen; stattdessen friedenspolitische Schulprojekte und keine Werbung der Bundeswehr an öffentlichen Plätzen oder an Bussen.** Soldat ist kein normaler Beruf und die Ausbildung an der Waffe kein normaler Berufsweg. Auf Initiative der Marburger Linke prüfen die Stadtwerke die Vergabe von Werbeflächen an Bushaltstellen wieder selbst zu organisieren. In diesem Fall wäre es deutlich leichter, etwa Werbung der Bundeswehr an Bushaltstellen und Bussen zu verhindern. Gemeinsam mit der Friedensbewegung hat die Marburger Linke verhindert, dass die Stadt Marburg der Kampagne „Gelbe Schleifen“ beitrifft, die angeblich Solidarität mit Bundeswehrsoldaten erreichen will. Die Beste Solidarität allerdings wäre die umgehende Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Liebe Kolleg\*innen, liebe Freund\*innen der Marburger Friedensbewegung,

die Marburger Linke wird auch in der nächsten Legislaturperiode eine konsequente Bündnispartnerin für die Friedensbewegung bleiben. Auch in Marburg stellen wir uns gegen die Pläne der Bundesregierung für Aufrüstung und Weltmachtpolitik. Wenn die Regierung von »deutscher Verantwortung in der Welt« spricht, sagen wir: Das muss eine Verantwortung für Abrüstung und friedliche Konfliktlösungen sein. Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen globale friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Das geht nur, wenn Konflikte friedlich gelöst werden, wenn konsequent abgerüstet und die Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird – und mit internationaler Solidarität. Dafür machen wir uns auch in Marburg auf dem Weg.

Wir sehen uns – so es die Pandemie erlaubt – beim nächsten Marburger Osterspaziergang, am besten an der Gedenkinstallation für die Opfer der Marburger Jäger und des Marburger Militarismus am Schülerpark.

Solidarische Grüße

Renate Bastian, Jan Schalauske und Inge Sturm für die Fraktion Marburger Linke

Februar 2021